



I. Anmeldung

TOP:

Stadtrat

Sitzungsdatum 28.06.2017

öffentlich

Betreff:

VAG Verkehrs-Aktiengesellschaft - Tariffortbildung 2018 und Bericht zur ÖPNV-Tarifreform

hier: Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 07.03.2017

Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14.07.2016

Antrag der Linken Liste vom 03.03.2016

Anlagen:

-Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 07.03.2017

-Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14.07.2016

-Antrag der Linken Liste vom 03.03.2016

-Entscheidungsvorlage samt Anlagen

-Beschlussvorschlag

Bisherige Beratungsfolge:

Gremium	Sitzungsdatum	Bericht	Abstimmungsergebnis		
			angenommen	abgelehnt	vertagt/verwiesen
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Sachverhalt (kurz):

In der Sitzung des Stadtrates vom 19. Juli 2000 wurde nach Abstimmung mit den Verbundpartnern u.a. folgender Regelung für die Weiterentwicklung des VGN-Gemeinschaftstarifes zugestimmt: „(...) Ab 2003 werden Tarifierhebungen im jährlichen Rhythmus vorgenommen. (...)“ In Fortführung dieses Beschlusses soll der VGN-Gemeinschaftstarif zum 1. Januar 2018 angepasst werden.

In den Aufsichtsratssitzungen der VAG Verkehrs-Aktiengesellschaft am 29. Mai 2017 und der Städtische Werke Nürnberg GmbH am 2. Juni 2017 wurde den Erhöhungen sowie der Fortführung des beigefügten VGN-Gemeinschaftstarifs zugestimmt. Im Übrigen wird auf die beiliegende Sachverhaltsschilderung samt den zugehörigen Anlagen verwiesen.

Weiterhin wird über die bisherigen Ergebnisse im Zusammenhang mit der ÖPNV-Tarifreform in Nürnberg sowie über den Sachstand zur Untersuchung auf Verbundebene zu den bislang nicht umgesetzten Maßnahmen aus dem Tarifprojekt Nürnberg im Rahmen der Sitzung berichtet.

Als Vertreter des Vorstandes der VAG wird Herr Dahlmann-Resing an der Stadtratssitzung teilnehmen und über den aktuellen Sachstand berichten.

Beschluss-/Gutachtenvorschlag:

siehe Beilage

1. Finanzielle Auswirkungen:

- Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ weiter bei 2.)

- Nein (→ weiter bei 2.)

- Ja

- Kosten noch nicht bekannt

- Kosten bekannt

Gesamtkosten

€

Folgekosten

€ pro Jahr

- dauerhaft nur für einen begrenzten Zeitraum

davon investiv

€

davon Sachkosten

€ pro Jahr

davon konsumtiv

€

davon Personalkosten

€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?

(mit Ref. II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. II / Stk in Kenntnis gesetzt)

- Ja

- Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

Die für 2018 erforderlichen Haushaltsmittel für den städtischen Zuschuss für Schüler der Sekundarstufe I und II für nicht freigestellte Schulwegverkehre werden in den Haushalt 2018 eingeplant.

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

- Nein (→ weiter bei 3.)

- Ja

- Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans

- Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)

- Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit OrgA ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

- Ja
 Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

- Nein
 Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:
Siehe Erläuterung in der Entscheidungsvorlage.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

- RA** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)
 VAG

II. Herrn OBM

III. Referat I/II

Nürnberg, 01.06.2017
Referat I/II

(2681)